

Arbeiter-Zeitung

Mittwoch, 8. Februar 1928
10. Jahrgang Nummer 33

Preis: wöchentlich 0,50 M., monatlich 2,25 M., Einzelnummer 10 Pf.
Durch die Post bezogen monatlich 2,25 M., unter Streifenband 2,50 M.
Anzeigenpreis: Die gefaltete Zeile 100 Pf., die halbe Zeile 50 Pf., die viertelzeilige 25 Pf., die dreizehnlängige 15 Pf., die sechszehnlängige 10 Pf., die achtzehnlängige 7 Pf., die zwanziglängige 5 Pf., die dreißiglängige 3 Pf., die vierziglängige 2 Pf., die fünfziglängige 1 Pf., die sechziglängige 1 Pf., die siebenziglängige 1 Pf., die achtziglängige 1 Pf., die neunziglängige 1 Pf., die hundertlängige 1 Pf.
Die dreizehnlängige Zeile 100 Pf., die halbe Zeile 50 Pf., die viertelzeilige 25 Pf., die dreizehnlängige 15 Pf., die sechszehnlängige 10 Pf., die achtzehnlängige 7 Pf., die zwanziglängige 5 Pf., die dreißiglängige 3 Pf., die vierziglängige 2 Pf., die fünfziglängige 1 Pf., die sechziglängige 1 Pf., die siebenziglängige 1 Pf., die achtziglängige 1 Pf., die neunziglängige 1 Pf., die hundertlängige 1 Pf.

für Schlesien und Oberschlesien
Organ der SPD., Sektion der 3. Internationale
Mit der illustrierten Beilage „Der Rote Stern“
Begründet von Bernhard Schottländer (März 1920 ermordet)

Hauptredaktion: Breslau, 10. Traubner Straße 60. Telefon 4719. Postfach 101. Breslau 544. Redaktion: Breslau, Traubner Straße 60. Telefon Ring 8837. Geschäftszeit der Redaktion: von 12-13, Montag bis Freitag von 17-18 Uhr. — Filialredaktionen: Gletsch, Wilhelmstraße 28, Telefon 1063. Gletsch, Gletsch 6, Telefon 2384. Geschäftszeit: von 8-19 Uhr. Geschäftsstand am Hauptverlagsort Breslau. — Verlag: Schles. Verlagsgesellschaft m.B.H., Breslau. — Druck: „Neubau“, Berlin, Fil. Breslau, Traubner Str. 60.

Metallarbeiter-Generalausperrung droht!

Kampfbeschlüsse der Industriellen

M. Berlin, 7. Februar. Der erweiterte Vorstand des Gesamtverbandes deutscher Metallindustrieller hat in seiner Sitzung am 7. Februar dieses Jahres einstimmig beschlossen:

1. Die mitteldeutsche Gruppe in dem ihr aufgezwungenen Lohnkampf mit allen ihm zu Gebote stehenden Mitteln zu unterstützen,
2. zu diesem Zwecke die vorhandenen Fonds durch eine das gesamte Verbandsgebiet umfassende gelbliche Umlage zu vergrößern,
3. zur Unterstützung der mitteldeutschen Gruppe zu gegebener Zeit zur Generalausperrung zu schreiten,
4. eine Kommission von zwölf Herren aus allen Teilen des Reiches einzusetzen, die mit der Durchführung der beschlossenen Maßnahmen beauftragt und mit allen notwendigen Mitteln ausgestattet ist.

arbeitern sprach man die volle Sympathie der Ruhr-Metallarbeiter-schaft aus. Wie die D.M.B.-Führer sich die Erreichung dieser Forderungen vorstellen, sagt die Entschliebung allerdings nicht.

Verbindlichkeitserklärung des Spruches für den Nachener Bergbau

Köln, 8. Februar. (Eig. Drahtb.) Der Schiedsspruch für den Nachener Bergbau, nach dem die bisherige achtmonatshündige Schlichtzeit unter Tage auch weiterhin beibehalten werden soll, ist für verbindlich erklärt worden. Das Arbeitszeitabkommen soll bis zum 31. Oktober dieses Jahres laufen. Die Bergarbeiterorganisationen hatten den Schiedsspruch abgelehnt, der Bürgerminister Brauns erklärte ihn für verbindlich. Damit ist für die Gewerkschaftsführer der Schiedsspruch natürlich Gesetz! Der Verlauf dieser Bewegung muß für die gesamte Bergarbeiterschaft und auch die übrigen Arbeiter Deutschlands eine ernste Lehre sein. In viel stärkerer Weise als bisher muß vor allem den reformistischen Gewerkschaftsführern begreiflich gemacht werden, daß es keine Unterwerfung unter verbindliche Schiedssprüche gibt.

Die Seeleute dürfen nicht streiken

Reaktionäres Debut der norwegischen „Arbeiterregierung“.
In einem Lohnkonflikt der norwegischen Seeleute haben die Behörden für die Dauer der Schlichtungsverhandlungen ein Streikverbot erlassen. In der nächsten Woche finden unter Vorsitz des amtlichen Schlichters die entscheidenden Verhandlungen zwischen den Reedern und den Vertretern der Maschinenisten, Matrosen und Schiffsheizer statt. Der Schiedsspruch des Schlichters ist auf Grund des berichtigten Antistreichgesetzes obligatorisch.

Der Anschlag gegen die Mieter

Sterkung des Kündigungsrechts der Hausbesitzer
(Eig. Drahtb.) Berlin, 8. Februar.

Reichstagspräsident Lohse eröffnet die Sitzung mit einem Nachruf für den plötzlich verstorbenen demokratischen Abgeordneten Dr. Raschig. Entsprechend den Anträgen des Geschäftsordnungsausschusses wird die Genehmigung zur Strafverfolgung verschiedener kommunistischer und nationalsozialistischer Abgeordneter verweigert.

Auf der Tagesordnung steht die zweite Beratung der Gesetzesentwürfe auf Verringerung des Mieterschutzgesetzes und des Reichsmietengesetzes.

Beide Gesetze sollen nach den Anträgen bis zum 31. März 1930 verlängert werden. Die wichtigste Verringerung liegt darin, daß nach der neuen Fassung des Mieterschutzgesetzes der Vermieter das Mietverhältnis kündigen kann. Er läßt in diesem Falle dem Mieter durch das zuständige Amtsgericht ein Kündigungs schreiben zugehen, für das ein bestimmtes Formular vorgeschrieben ist und das die bestimmte Angabe der Tatsachen enthalten muß, auf die die Kündigung gestützt wird. — Der Mieter kann gegen diese Kündigung beim Gericht Widerspruch erheben. Dann wird die Berechtigung der Kündigung im gerichtlichen Güterverfahren nachgeprüft. Verfümt der Mieter die zweimonatige Einspruchsfrist, so kann der

Räumungsbefehl gegen ihn erlassen werden.

Abgeordneter Lipinski (Soz.) erklärt, die mit der neuen Vorlage bezweckte weitere Lockerung des Mieterschutzes sei in keiner Weise begründet und notwendig.

Reichsjustizminister Hergt: Ich bekenne mich grundsätzlich zu dem Standpunkt, daß jede Zwangswirtschaft ein Übel ist. Der vorliegende Entwurf aber bringt keine Entscheidung nach der einen oder der anderen Seite. Zu grundsätzlichen Entscheidungen ist heute der Zeitpunkt noch nicht gekommen. Der Gesetzesentwurf ist genau die Mitte zwischen den Interessen beider Seiten. Die Lockerung der Wohnungszwangswirtschaft überlassen wir bewußt den Ländern. Der Entwurf erleichtert die allmähliche Wiederherstellung der normalen Verhältnisse (1) dadurch, daß er den in der langen Zeit der Zwangswirtschaft etwas verdunkelten Begriff der Kündigung wiederherstellt. Der preussische Justizminister erucht in einem Schreiben, das Gesetz nicht vor dem 1. April d. J. in Kraft treten zu lassen. Wir werden uns diesem Wunsch fügen.

Abg. Domsch (Nat.) ist der Meinung, daß die große Verunsicherung in den Kreisen der Mieter und Vermieter unbegründet sei. (1)

In der weiteren Debatte, die am Mittwoch fortgesetzt wird, wird Genosse Göllein den Standpunkt der kommunistischen Fraktion und der Mieter vertreten. Dann haben das Wort im Rahmen dieser neuen Wechselbalg des Bürgerblatts die werktätigen Arbeiter im Lande.

300 Millionen Indier empfangen eine Kommission

(Von unserem Korrespondenten)
London, 8. Februar

Im Jahre 1919 wurde den durch die Weltlage revolutionierten Indern versprochen, daß in zehn Jahren eine Kommission eingesetzt werde, die zu prüfen habe, inwieweit Indien zur Selbstverwaltung „reife“ geworden wäre. Vor kurzem wurde diese Kommission ernannt. Ihre Mitglieder sind meist englische Abgeordnete. Sie hat kein einziges indisches Mitglied (1), was in Indien ungeheure Empörung hervorrief.

Aus den Berichten der englischen Presse über die Protestbewegung, die Indien aus Anlaß der Ankunft dieser sogenannten „Simon-Kommission“ erfaßt hat, geht trotz der spärlichen und tendenziösen Berichterstattung deutlich genug hervor, daß es sich um eine sehr tiefgehende nationale-revolutionäre Bewegung handelt. Am stärksten ist die Protestbewegung in den Industriezentren Bombay, Kalkutta und Madras, wo am Tage der Ankunft der Kommission der Generalstreik mit glänzender Geschlossenheit durchgeführt wurde und wo die Bewegung auch hinausging über die Trauerkundgebung, auf die die bürgerlichen Nationalisten die Bewegung beschränken wollten.

In Bombay hat eine große Massendemonstration die Kommission, die bekanntlich aus Vertretern der Konservativen, Liberalen und Arbeitervertretern zusammengesetzt ist, mit schwarzen Fahnen empfangen, die Inschriften, wie „Nieder mit dem britischen Imperialismus“, „Heraus mit der Simon-Kommission“ enthielten. Der größte Teil der Geschäfts war geschlossen, ebenso die Universitäten und Schulen. Die Betriebe streikten. Auch der Verkehr in der Stadt war zum größten Teil stillgelegt. Die indischen Bevölkerungsteile waren von Fußgängern überfüllt und machten den Eindruck eines Feiertages. Auch hier waren fast sämtliche Betriebe sowohl in der Industrie als auch im Handwerk geschlossen. Die Arbeiter, die noch morgens in die Betriebe gingen, haben bereits in den ersten Vormittagsstunden die Betriebe wieder verlassen. An verschiedenen Stellen der Stadt fanden große Demonstrationen unter freiem Himmel statt. Die Studenten und Arbeiter hielten gesonderte Demonstrationen ab, auf denen Figuren von Baldwin, Birkenhead, Simon und Macdonald verbrannt wurden. Im Laufe des ganzen Tages durchzogen ununterbrochen große Züge von Streikenden die Straßen der inneren Stadt. Auch eine große Versammlung, einberufen von den bürgerlichen Nationalisten und einem Teil der indischen Liberalen, nahm eine Resolution an, daß die Verfassungskommission in ihrer gegenwärtigen Zusammenfassung für Indien unannehmbar ist und die Bevölkerung angefordert wird, die Kommission während ihres Aufenthaltes in Indien überall und in jedem Stadium ihrer Untersuchungen zu boykottieren.

In Kalkutta kam es zu gewaltigen Stilllegungen der Straßenbahnen und der Autobusse. Die Trauerkundgebung und der Streik sind hier vollständig, bis auf einzelne mohamedanische Unternehmungen. Die Polizei hat fünf Panzerautos eingesetzt, und, nachdem die Demonstranten mit Steinschüssen die Polizei angegriffen haben, die Menge auseinandergetrieben und zahlreiche Verhaftungen vorgenommen.

In Madras kam es zu einem blutigen Zusammenstoß. Die Demonstranten hatten einen Laden, der trotz der Trauerkundgebung offen war, gestürmt und demoliert. Ein hoher Regierungsbeamter, Moresby, der gerade in seinem Auto vorbeifuhr, wurde von der Menge angegriffen und sein Auto in Brand gesetzt. Die Erregung stieg, nachdem einige Verhaftungen vorgenommen wurden. Die Menge stürzte sich auf die Offiziere und Polizisten, zwei Offiziere und acht Polizisten wurden verwundet, und versuchte die Verhafteten zu befreien. Weitere Polizeieinheiten wurden aufgeboden, und eine Herd von gab eine Salbe zur Beruhigung der Menge. Ein Loter und fünf Schwerverwundete blieben auf dem Platz.

Nach weiteren Meldungen wurden in Bombay, Kalkutta und Madras weitere Truppenabteilungen auf-

Die Metallarbeiter des Ruhrgebiets für den Achtstundentag

Essen, 8. Februar. (Eig. Drahtb.) Der D.M.B. hielt in Bochum eine Bezirkskonferenz des Ruhrgebietes ab und nahm eine Entschliebung an, in der eine Verkürzung der Arbeitszeit bis zur Erreichung des allgemeinen Achtstundentages (1), eine Erweiterung des gesetzlichen Arbeiterschutzes und der Sozialgesetzgebung, ferner ein weiterer Ausbau des Arbeitsrechtes und des Betriebsrätegesetzes verlangt wird. Die Konferenz verurteilte auch die letzte Eisenpreiserhöhung, die angesichts der großen Produktionssteigerung völlig unberechtigt sei. Den im Kampf stehenden mitteldeutschen Metall-

geboren. Die Unruhe dauerte bis spät in die Nacht. Viele Engländer wie auch hohe indische Beamte wurden von der Menge angegriffen und verletzt.

Die Montagnummer der „Times“ verzeichnet es mit Genugtuung, daß in Delhi die Kommission ungestört arbeiten konnte und daß die Boykott- und Streikbewegung in jenen Teilen Indiens, wo die mohammedanische Bevölkerung überwiegt, nur ganz schwach ist. Sie bezeichnet es als eine ganz besondere Aufgabe der Kommission, die Interessen der nationalen Minderheit der Mohammedaner gegenüber den Hindus zu wahren. Die englische Presse in Indien warnt die bürgerlichen Nationalisten vor den Folgen der Streik- und Boykottbewegung, in der die Arbeiter, Studenten und das arme Kleinbürgertum die Hauptrolle spielen. Der Abgeordnete, Lord Irwin, hat in seiner letzten Erklärung betont, daß gerade die Zusammensetzung der Kommission ohne indische Beteiligung ihre Unparteilichkeit gefährdet (1), und daß sie durch die Boykottforderungen sich nicht hindern lassen werde, ihre Aufgabe durchzuführen. Sie wird das um so mehr tun, weil die Kommission nicht allgemein beurteilt werde, und ein großer Teil von verantwortlichen indischen Beamten, wie auch der mohammedanischen Bevölkerung der Kommission mit Sympathie gegenüberstehe.

Schon aus diesen offiziellen englischen Berichten geht hervor, daß der britische Imperialismus, unterstützt durch die Führung der englischen Arbeiterpartei, alle Maßnahmen zur Niederhaltung der national-revolutionären Bewegung trifft. Er bedient sich dazu neben den brutalen Machtmitteln auch des alterprobierten Mittels der Schürung der religiösen und nationalen Gegensätze Indiens und versucht gleichzeitig die feudalen Fürsten und die große Bourgeoisie als die „verantwortlichen“ Führer hinzustellen, im Gegensatz zu den „aufwärtigen Elementen“, worunter das Proletariat, die Bauernschaft und das national-revolutionäre Kleinbürgertum gemeint sind. Die Führung der englischen Arbeiterpartei steht auch hier ganz offen als Heckerls knecht des britischen Imperialismus gegen die indischen Volksmassen.

Die Rückwirkungen auf China

(Fig. Draht.) Berlin, 8. Februar.

Nach Meldungen aus Kanton erwecken die Nachrichten über die Ereignisse in Indien höchstes Interesse. Es soll eine Verbindung zwischen Kanton und den indischen Unabhängigkeitskämpfern bestehen, was möglich ist, da es sich in beiden Fällen um bürgerliche Revolutionäre handelt. Doch ist auch möglich, daß englische Nachrichtenagenturen zu betrüblichen Zwecken diese Behauptung verbreiten. Die chinesischen Massen auf dem Lande und in den Städten werden jedenfalls in den indischen Ereignissen einen neuen Ansporn für ihren Kampf sehen.

15 politische Gefangene in Gollnow an Vergiftungserkrankungen erkrankt

Zu Beginn der Sitzung führt Abgeordneter Genosse Rasper aus: Die kommunistische Fraktion habe die telefonische Mitteilung erhalten, daß auf der Festung Gollnow 15 politische Gefangene infolge verdorbenen Essens an Vergiftungserkrankungen erkrankt seien. Eine telegraphische Meldung des Vertrauensmannes der proletarisch-politischen Gefangenen der Festung Gollnow besagt, daß dort 15 Genossen an Vergiftungserkrankungen erkrankt und 7 Genossen bettlägerig sind. Ihre Erkrankung ist nicht unbedenklich. Mit Kompressen, Einspritzungen und Vitalin werden sie vom Arzt behandelt. Im Auftrage der kommunistischen Landtagsfraktion ist der Abgeordnete Schulz-Breslau nach Gollnow abgereist.

Seit langem klagen die proletarisch-politischen Gefangenen der Festung Gollnow über die schlechte Verpflegung und über die elendesten Zustände des ihnen verabreichten Essens. Jetzt sind sie schwer erkrankt. In einer Freiheitskarte beschriftet, wandelt sie sich durch die unglaublichen Zustände in den kommunistischen Kerker zu einer Strafe, die die Gesundheit der Gefangenen langsam zerschmettert, wenn nicht noch schlimmeres die Folge ist. Barneab stehen die Fälle der Genossen Albert Menzel und Geyer, die der Strafvollzug erkrankte, vor uns. Wir fordern die sofortige Überführung der erkrankten Genossen in Krankenhausbehandlung. Darüber hinaus aber gilt es: Die proletarisch-politischen Gefangenen haben genug gelitten. Sie müssen heraus, damit ihre Freiheitskämpfe sich nicht in Todesfrage wandelt.

Genosse Rasper beantragt, sofort eine strenge Untersuchung einzuleiten, die Verantwortlichen zur Rechenschaft zu ziehen und dafür zu sorgen, daß den Erkrankten jede erdenkliche Hilfe zuteil werde. Der Antrag wird mit den Stimmen der Kommunisten, Sozialdemokraten, einiger Zentrumsmitglieder und Volksparteiern angenommen.

Das Haus überweist dann die bekannte Denkschrift der Staatsregierung zur Frage der Vertretung Preußens im Verwaltungsrat der Reichsbahnengesellschaft dem Ausschuss. — Darauf wird die zweite Beratung des Haushalts der landwirtschaftlichen Verwaltung fortgesetzt.

Abg. Brandenburg (Soz.) bespricht eingehend die Landarbeiterfrage und wendet sich dabei gegen die Landbauverbesserungen auf Nationalisierung der Sozialfürsorge, Kennzeichnung des Arbeitslosenversicherungsgesetzes für die brennende Lage des platten Landes und Vermehrung des ausländischen Arbeiterkontingents.

Hauger (Dml.) klagt über die Kosten und Verschwendung der Landwirtschaft. Abgeordneter Hagmann führt die Klagen in der Landwirtschaft auf die Unwetterkatastrophen zurück. Abg. Kaiser (D. Sp.) klagt die preussische Regierung an, daß sie zu wenig für die Landwirtschaft getan habe.

Aus der Partei

Ausschlag von Otto Weber, Hofmann. Der Reichstagsabgeordnete Otto Weber, Hofmann, wurde am 2. Februar aus der kommunistischen Partei ausgeschlossen, weil er sich weigerte, einem Mitglied des Politbüros des ZK der KPD auf Niederlegung eines Reichstagsmandates Folge zu leisten, nachdem er ausdrücklich erklärt hatte, sich im Reichstag nicht der Funktion der Kommunisten, sondern der parteiunabhängigen Massenbewegung anzuschließen bis sich „eine kommunistische“ Partei...

Im Preussischen Landtag hat die kommunistische Fraktion gegen den Handelsminister Dr. Schreiber ein Mißtrauensvotum eingebracht, weil dieser, trotz des vom Landtag angenommenen Antirags auf Schaffung des dreiwöchigen Winkstentages in der Schwereindustrie, keine Zustimmung zu der bekannten Verordnung des Reichsarbeitsministers gegeben hat, die den Achtstundentag durchschlägt.

Der Reichswehrminister Groener hielt gestern mit den Führern der bürgerlichen Parteien und der Sozialdemokratie Besprechungen ab, die der Vorbereitung der Beratung über den Reichswehretat im Haushaltsauschuß dienen.

In Rudolfsstadt, dem Sitz des thüringischen Landesfinanzamtes, veranstaltete der Landbund eine Massensitzung, an der viele tausend Landwirte aus der Umgebung teilnahmen und eine Delegation wählten, die dem Landesfinanzamt schriftlich formulierte Forderungen der Versammlung übergab.

Wie aus Moskau gemeldet wird, nimmt die „Iswestija“ zum ersten Male zu der unerwarteten Wende der polnischen Unterhändler Stellung und bezeichnet diese als die Aggravierung der elementarsten internationalen Hässlichkeitsformen. Die Sowjetregierung würde, trotzdem der ganze Sachverhalt nicht zugunsten Polens spreche, die Wiederaufnahme von Verhandlungen begrüßen.

Bei Eröffnung des Parlaments hielt der englische König eine nichtslage Thronrede, in der er den schwierigsten Fragen der englischen Weltpolitik aus dem Wege ging.

Auf der Havanna-Konferenz hatte der amerikanische Delegierte Hughes mit dem argentinischen Bevollmächtigten Bucheredon einen scharfen Zusammenstoß, weil dieser in den Sitzungen der panamerikanischen Union die Verringerung der inter-amerikanischen Zollschranken ausgenommen wissen wollte.

Giffpriher gegen Cool

London. (Fig. Draht.) Um die Aufmerksamkeit der Arbeiterschaft von den Arbeitsgemeinschaftsverhandlungen abzulenken, leitet der Generalrat seine Angriffe gegen Cool und die Minderheitsbewegung fort. Auf einer Gemeindefestversammlung in Finchney erklärte Ben Tillet, ein Mitglied des Generalrats, für das Gend, das gegenwärtig in den Vergewaltigungsbezirken herrsche, seien nicht nur die Unternehmer und der Minister Birkenhead, sondern in bemessener Maße auch Cool verantwortlich, der durch die Weiterführung des Bergarbeiterstreiks (1) die Laktin des Generalrats durchkreuzt und den Unternehmern in die Hände gearbeitet habe. Trotz der Verdrehungen Cools hinsichtlich der Arbeitsgemeinschaftsverhandlungen und trotz seines hysterischen Geschreies gegen das kapitalistische System, mit dem man aufzukommen müsse, werde sich der Generalrat nicht darin beirren lassen, mit der Wirklichkeit zu rechnen.

Cool beantwortete diese Heße mit einem offenen Brief an den „Daily Herald“, in dem es u. a. heißt: „Die Angriffe gegen mich im Zusammenhang mit dem Bergarbeiterstreik sind in Wirklichkeit ein Angriff gegen den Bergarbeiterverband.“ Baldwin und die Beschenbesitzer werden gemäß ihrem Freund und Helfershelfer Ben Tillet Dank dafür wissen, daß er ihre Unschuld bestätigt und den Bergarbeiterverband discreditiert.

Die Bergarbeiter und überhaupt die englischen Arbeiter wissen, wer ihre Feinde sind, und sie werden nicht vergessen, daß es Ben Tillet und seine Kollegen im Generalrat waren, die unseren Fein-

Lutherkorruption und kein Ende

(Fig. Draht.) Berlin, 8. Februar.

Bekanntlich hat der frühere Reichszwangler und Vertrauensmann der Bürgerblöcke, Luther, an Stelle eines Vertreters der preussischen Regierung den Sitz im Verwaltungsrat der Reichsbahn inne, der ihm über seine fette Reichszwanglerpension hinaus noch jährlich die „Kleinigkeit“ von 20 000 Mark einbringt. Wie jetzt bekannt wird, hatte nun Luther die Absicht, diesen Posten im Verwaltungsrat der Reichsbahn abzugeben, aber nur — um einen fatteren Posten dafür zu begehren. In der Form eines Schachergeschäfts, bei dem der Bürgerblockanzler Ranz den Vermittler spielte, sollte dieser Tausch vor sich gehen. Ranz ist zu diesem Zweck an die preussische Regierung herangetreten und hat ihr den Vorschlag

gemacht, Luther zum Präsidenten der preussischen Zentralkommunisten-Klasse zu ernennen. Ranz wollte damit „zwei Fliegen in einer Klappe schlagen“. Einmal wollte er einen Vertrauensmann des Bürgerblöcks in diese wichtige Institution hineinschieben, damit er insbesondere bei den Kreditverhandlungen an die Landwirtschaft die Prekagrarier bevorzugen, zum anderen sollte damit die preussische Regierung zufriedengestellt werden, indem man ihr die Besetzung des Verwaltungsratspostens der Reichsbahn zugestand.

Die preussische SPD-Koalitionsregierung hat diesen Vorschlag abgelehnt. Angesichts der kommenden Wahlen war ihr dieses neue Zugeständnis an die Bürgerblockregierung wohl eine zu gefährliche Sache.

Drei Soldaten / Von Johannes H. Becker

Drei lagen im Untergrund,
Es war ein gewaltiges Krachen,
Sichtlos hat die Erde gekrannet,
Schwarte, ein gieriger Rachen,
Da schlug es dem ersten das Gewehr beiseit,
Er rief — schon hing ihm die Fänge
Heran aus dem Mund, der Mund war weit —
Angegrungen:

„Hutts, Kameraden! Wir wissen, warum
Wir sterben. Wir düngen mit Blut
Die Erde, damit es wachsen kann,
Und es wächst gut!“

Es wußte — und keines losrart ihm gleich —
Das Reich, das Deutsche Reich!“

Es geht mit Handgranaten los,
Es kommen Tanks gedrohen,
Fliegende Jagen freng und quert,
Es hegelt schwere Braten,
Es schlüpfen die zwei durch Stacheln,
Heran um den Flammenerker,
Es klopf ein weißer, prasselnder Estrich,
Einmal lieh die Hand voll Gebärme.

Sinten kam es zum Kampf, Mann gegen Mann,
Dort haben sie den ersten gepakt,
Wie in den Echnanien war ihm die Gorgel gespannt,
Sie würgten langsam ihn ab,
Er schrie groß aus den Augen heraus
Und schrie und hat geschrien,
Wie einer rief: „Nicht ihm endlich Garus!“
Der gab ihm den Gaudenkratz.

Zwei Wochen später kam das Gas,
Durstend, mit Schwaben.

Die Luft war wie gekocht von As,
Ein Berg war abgeladen
Von Leichen dort im Tal der Marne.
Mit Chloralkali ließ man freuen.
Dort kal, gepreßt in Schlamm und Dred,
Der letzte von den Dreien.
Das Gas ging ihm bis durch die Haut,
Ins Blut, bis auf die Knochen.
Es juck den ganzen Körper wund,
Er hat gebrochen.
Da rief er sich die Maste ab,
Nur einmal noch, noch schreien!
Er schrie — die Laten hörten's nur —
Es schrie durch alle Reihen —
„Rehr'n in die Heimat wir zurück,
Kameraden! Au die Gewehr!
Es wird ein großer Rehrans sein,
Von morgens bis abends spät,
Und in der Nacht: Sprung auf, marsch, marsch!
Es werden die Gloden läuten,
Es wird Jubel und Freude sein
Bei allen unseren Leuten.“

Wir holen uns das Vaterland,
Das Vaterland der Weiden
Schon seh' ich über Sumpf und Sand
Rot einen Adler kreisen.“

Nacht. Die Bäume wie Gräten.
Schleimwerfer am Horizont.
Gräben, Trichter, Gräben,
Die Erde wird zum Mond.
Es rauschen die Flügelmänner,
Nansen schacht an Schacht,
Maschinen gegen Maschinen,
Heult die Massenmacht.

Gewerkschaftshaus - Lichtspiele

Nur Donnerstag, den 9. und Freitag, den 10. Februar

Kinder haben Zutritt! **Keine Verlängerung!** Täglich 3 Vorstellungen Kinder haben Zutritt! 3 Uhr, 5,45 Uhr und 8 30 Uhr

Pat u. Patachon als Millionäre

und den Sportfilm **Die neue Großmacht**

Die Kinder der Arbeitersportvereine und aller anderen proletarischen Gruppen haben bei gemeinsamem Besuch Preisermäßigung, aber nur zu den ersten 2 Vorstellungen. Erwerbslose bis 5 Uhr 25 Pfennig, sonst Einheitsplatz 50 Pfennig.

Stadtheater Breslau

(Opernhaus)
Mittwoch, 20 Uhr
Abonnement-Vorstellung Serie G 12
Rosa Blü
Donnerstag, 20 Uhr
Gabrielia ruffiana
hierauf
Der Bajazzo
Freitag, 10,50 Uhr
Abonnement-Vorstellung Serie H 12
Das Wunder der Heilane
Sonabend, 19 Uhr
Scherzoper

Vereinigte Theater Breslau

Lobe-Theater
Von Sonnab., d. 4. 2. bis
Sonabend, d. 11. 2.
täglich 20 Uhr
Uraufführung
"Trommellieder"
Schauspiel v. Viktor Dufes
deutsch von Wolfenstein
Sonntag, den 15. 2.
15 1/2 Uhr
zu kleinen Preisen
Christkindleins Märchenwald

Thalia-Theater
Von Sonnab., d. 4. 2. bis
Sonabend, den 11. 2.
Zum ersten Male!
**„Das Kamel geht durch
das Nadelohr“**
Lustspiel von Frantisek
Langer
Sonntag, den 15. 2.
15 1/2 Uhr
zu kleinen Preisen
„Zinsen“



Kappel
„Einfach labelhaft“
so lautet das Urteil jeder
Maschinenschreiberin die auf der
„Kappel“
mit geschlossenem Wagenrücklauf
u. zwangweiser Großbuchstaben-
sperrschreib. Mod. auch Steine.
Versuch, Sie wird begeistert sein.
Bezirksvertreter
Max Arnoldi
Breslau 5 - Museumplatz 8
Fernsprecher Ohle 5459
Elegante Reparatur - Werkstatt!

Lederjaden Ia
Warm gefüttert 64. — 55. — 47. —
Sede hosen 8.25
Lederlabben und -Rügen
Lombardhaus, Breslau, Salvatorplatz 4

Masken
und Theater - Kos. Üme
neu u. preisgekrönt - verleiht billigst
Größtes Spezialhaus
Breslau, Messergasse 50
H. Wiersin - Am Neumarkt - Tel. O. 406

Wandlerehaus Grundmann
Breslau, Trebnitzer Str. 21
Beleihung v. Anzügen, Wäsche
und Schmuckstücken

Führer durch die Geschäftswelt

Breslau-Ost

Medizinal-Dronenhans R. Binas
Ofenerstraße 27
Chemikalien, Parfümerien, Farben
1684

**Angenehmes
Familienlokal
Frans Brück er**
Ofenerstraße 28
8164

**„Jeder Arbeiter kauft
gut u. preiswert in der
Bäckerei“
Herrmann
Brockauer Str. 16
81651**

**Blumenhaus
für Freud u. Geld
Emma Adler**
Tautenzienstr. 165
8164

**„Jeder Arbeiter kauft
gut u. preiswert in der
einheitl. rei“
H. Dziallas
Grnststraße 4
81748**

**Angenehmes
Familienlokal
Rudolf Peche**
Brüderstraße 24
81650

**Lebensmittel
Kolonialwaren
M Kricke, Löschstr. 17
8 Proz. Rabatt
1631**

Fahrradhaus Schlapp, Tautenzienstr. 149
Fahrräder in allen Preislagen
Fachmann, Reparatur - Werk-tatt
81631

**Angenehmes
Familienlokal
Wolffs Gaststätte
Königsbräu-
Ecke Tautenzienstr.
1620**

**Fahrräder - Grammophone
Hoch, Klosterstr. 103**
81649

**Genossen! Beachtet beim
Einkauf unsere Inserenten!**

Breslau-Süd

Gaststätte
F. Mittwoch
Sadowastr. 26
81619

**Möbel auf Teilzahlung
bei Fahrroth, Neudorfstr. 13**
81644

Breslau-Zentrum

**Allerfeinste-
Auszugsmehle,
Kolonialwaren
Hermann Berger**
Ritterplatz 13
81647

**Brot-, Weiß-
und Feinbäckerei
Albert Seiert**
Hubenstraße 41
81639

**„Bettfedern“
neuzeitl. Reinigung
Dutschke
Margaretenstr. 15
(Hofgebäude)
81633**

**Jeder Arbeiter kauft
gut und preiswert
in der Fleischerei
von Karl Morawe
Malergasse 23-24
31635**

**We nbrand
Rum :: Liköre
nur bei
D. Kochmann**
Weidenstrasse 25
81645

**Schuhhaus Kloss
Maß-u. Renatur-
Werkstatt
Breite Straße 21
Reell u. preiswert
81647**

**Jeder Arbeiter kauft
reell und preiswert
in der Fleischerei von
Wilhelm Jädel
Hummerl 29
81630**

Führer durch die Geschäftswelt

Liegend

Max Süßmann
Mittelstraße 11
Herren- u. Knabenbekleidung
8 332

**Herren- und Knabenbekleidung
S. Harlam**
Ring 46, am Fischmarkt
82114

Möbel P. Höhne
Goldberger Str. 74
8 331

**Herren- und Knabenbekleidung
S. Harlam**
Ring 46, am Fischmarkt
82114

**Herren- und Knabenbekleidung
S. Harlam**
Ring 46, am Fischmarkt
82114

Max Futter, Ring 9/0
Kleiderstoffe, Leinen, Baumwoll-
waren, Putz, Damen - Konfektion
Kurzwaren, Strümpfe, Wollwaren
8 120

**Herren- und Knabenbekleidung
S. Harlam**
Ring 46, am Fischmarkt
82114

Lauban

Herren- u. Knaben-Bekleidung
Sitzig und nach Maß
Streich reell! - Solide Preise!
Kurt Simon, Schriftstr. 28
81622

**Herren- und Knabenbekleidung
S. Harlam**
Ring 46, am Fischmarkt
82114

Kothenau

**Zigarrengeschäft
Wilhelm Lehmann, Ring 7
81618**

**Herren- und Knabenbekleidung
S. Harlam**
Ring 46, am Fischmarkt
82114

Bunzlau

L. Grundmann, O. edersbergerstr. 52
Fleisch und Buchwaren
8014

**Herren- und Knabenbekleidung
S. Harlam**
Ring 46, am Fischmarkt
82114

Penzig

**Herren- und Knabenbekleidung
S. Harlam**
Ring 46, am Fischmarkt
82114

**Genossen! Kauft nur
bei unseren Inserenten!**

Greiwitz

L. Pluta
Inhaber Joseph Guttmann
Greiwitz, Nicolai Str. 11
Destillation und Ausschank

Beuthen

Metallbetten
Auflegematrizen aus eigener Werkstat
Koppel & Taterka, Hindenburg
Kronprinzerstraße 127 - Telephon 3190
Beuthen, Bielarer Straße 23
Telephon 2048, 2049

N. TAU, Beuthen OS.
Krakauer Straße 36
Gegr. 1908 / Fernruf 2973
Spezialhaus für Herren- und Damen-Stoffe
Leinen- und Baumwollwaren
Besonders billige Arbeiterkleidung

Hindenburg

Kurt Grünberger
Hindenburg
Dorotheen-strasse 14
gegenüber Knappschafts-lazarett.
Manufaktur und Modewaren

Georg Pollak
Hindenburg, Dorotheenstrasse 8
Größtes Spezial-
Damen - Konfektionshaus
Billige Preise - Exakte Kellnung

Adolf Schindler
Hindenburg, Kronprinzenstr. 127
Lederhandlung und Lederwaren
zu billigsten Preisen

Inserate
haben in
unserer Zeitung
**guten
Erfolg**

Färberei Felix, Breslau 24
Gräbschener Str. 249 51 Fernr. Steph. 30934
färbt, wäscht, reinigt alles!
Läden u. Annahmestellen in allen Stadtteilen
Vorzeiger dieses Inserats 5 Proz. Rabatt

Nur 10 Pfennig pro Tag

brauchen Sie für diese Uhr zu bezahlen.
Ich verkaufe diese hier abgebildete
Anker-Remontuhr-Uhr - echt versilbert
u. vergoldet - mit Garantienschein
für 12 Mark, zahlbar auf Wunsch in vier
Monatsraten. Keine Vor-zahlung. Erst
bei Lieferung der Uhr beginnt die monat-
liche Ratenzahlung. Versäumen Sie nicht,
sich diese gute und elegante Uhr
unter leicht. Zahlungsbeding. anzuschaffen.
Damen-Uhren 2 Mark teurer. - Ferner
liefern ich mit Sprungdeckel für
höchstelegante Ver- nur 1! Mk gegen bar.
Kavalier- für jede Uhr teils ich
Uhren, gut golden! volle Garantie. ■
Zahlreiche Anerkennungen.

Karl Fritsch, Berlin SW 40/35, Besselstr. 5

Büdo

**Im Zeichen
des
Steinbocks!**

Danke schön!

Ein gutes Trinkgeld zahlt jeder Gast,
wenn man ihm im Hotel seine Stiefel
richtig behandelt. Er sieht sofort,
daß die Edelpaste Büdo benützt wird.
Und gerade diese Creme schätzt der
erfahrene Reisende, weil er weiß, daß
Büdo den Stiefel elegant erhält und
das Leder pflegt. Und Büdo ist doch
so bequem, - raschster Glanz und
praktischer Dosenöffner. Deshalb:

**Nimm
Büdo**

3 Fragen an alle Gewerkschaftskollegen

In den letzten Wochen hat die sozialdemokratische und Gewerkschaftspresse durch eine Schimpfkanonade gegen die Anhänger der Opposition in den Gewerkschaften und gegen die kommunistische Presse versucht, das Augenmerk der Arbeiter von den verhängnisvollen Auswirkungen der reformistischen Wirtschafts- und Staatspolitik abzuwenden.

1. Sind Kampfbündnisse notwendig?

Der Kampf der Hüttenarbeiter für Achtstundentag und Lohn-erhöhung war zweifellos von außerordentlicher Bedeutung für die Stärkung oder Schwächung der Macht des Trupkkapitals. Die Gewerkschaftsopposition hatte demzufolge gefordert, daß zum 2. Januar auch das Arbeitszeitabkommen im Bergbau gekündigt wird, damit die Arbeiter der entscheidenden Industriezweigen gemeinsam und dadurch mit größerem Erfolg die Forderungen erkämpfen können.

Die reformistischen Führer hatten die ganze Zeit ihren Blick zum Reichsarbeitsministerium, auf die Schlichtungsquelllinie gerichtet, sie hatten den Kampf von Anfang an sabotiert, weil sie die „Wirtschaft“ nicht erschüttern wollten.

Der Ablauf zahlreicher Tarife der wichtigsten Industriezweigen in den nächsten Monaten, sowie die zwischenzeitlichen Lohnforderungen der Arbeiter einzelner Industriezweige zwingt die Arbeiter, die Lehre aus der Hüttenarbeiterbewegung zu ziehen und sich darüber klar zu werden, daß der vereinbarten Kampf die Truppkapital des Kampfbündnisses der Gewerkschaften der wichtigsten Industriezweige und die einheitliche Kampffront der Arbeiterklasse unverzichtbar sind.

2. Soll der Kampf um den Achtstundentag geführt werden, auch wenn die Schlichtungsmaschine der Bürgerblodregierung das verbietet?

Nach Auffassung der reformistischen und christlichen Gewerkschaftsführer ist im Arbeitszeitgesetz, in der Regel der Achtstundentag festgelegt. Die Hüttenarbeiter der mitteldeutschen Stahlwerke sind der Meinung, daß trotz des Schlichtungsbeschlusses in der Hüttenindustrie „in der Regel“ nicht länger als acht Stunden gearbeitet werden darf und haben deshalb noch acht Stunden den Betrieb verlassen.

„Was genügt die Reichsregierung zu tun, um die Achtung des Staatswillens auch den Unternehmern gegenüber durchzusetzen und die Durchführung ihrer Verordnung vom 16. Juli 1927 zu sichern?“

3. Soll die sozialdemokratische Einheit „Vollmacht“ am 13. Dezember?

Jetzt gibt es, bei den Schlichtungsverhandlungen auf der Basis der Entscheidung des Reichsarbeitsministers in der Arbeitszeitfrage der Hüttenarbeiter auch einen menschenwürdigen Lohn zu sichern, und den Anschlag auf Wirtschaft, Volk und Staat, den sich die Eigentümer mit der Stilllegungsandrohung erlaubt haben, abzuschneiden.

Die „menschenwürdige“ Lohnzahlung betrug heute 2/3 des eigentlichen. Ein „geachteter“ Erfolg der reformistischen Schlichtungspolitik. Im Interesse des Schutzes der heiligen Güter der „Wirtschaft“, des „Volkes“ und des „Staates“ haben die Reformisten die Hüttenarbeiterbewegung verraten und Arm in Arm mit dem Reichsminister des Bürgerblocks die Arbeiter gezwungen, sich dem Schlichtungsbeschlusse zu fügen.

Die Abwägung des Kampfes in der Hüttenindustrie durch die Reformisten im Interesse der „politischen Ordnung des Staates“ und der „Staatsautorität“ und die Tätigkeit dieser Staatsautorität in Form des Verbotes der Streikunterstützung durch das Dresdener Arbeitsgericht muß jeden Arbeiter zur Verantwortung der Frage veranlassen: Ist es im Interesse der Arbeiterklasse, zum Nutzen der „politischen Ordnung“ und Befehle dieser Hindenburgrepublik, auf den Kampf um Achtstundentag und Lohnhöhe zu verzichten, oder erfordert es das Lebensinteresse des Proletariats, den Kampf um Achtstundentag und Lohnhöhe zu führen, die Stärkung der politischen Macht des Bürgerblocks zu verhindern, die „politische Ordnung“ dieses Hungers- und Juchtausstaates zu erschüttern und zu beseitigen im Interesse der Durchsetzung der Arbeiterforderungen und der Überwindung der Lohnsklaverei überhaupt?

3. Wem dient das Schlichtungssystem?

Die Mehrheit der Arbeiterklasse will zweifellos nicht nur die Verbesserung ihrer Arbeitsbedingungen, sondern die Beseitigung der kapitalistischen Lohnsklaverei, die Beseitigung der politischen Herrschaft der Bourgeoisie. Es müßte selbstverständlich sein, daß, wer die Bourgeoisie stürzen will, nicht gleichzeitig die Festigung der ökonomischen Macht der Bourgeoisie durch Unterdrückung der Rationalisierung u. a. fördern darf.

„Die Aufgabe des Schlichters ist ja auch gar nicht, diese oder jene Partei reglos zu betriebligen, sondern Arbeitsfrieden zu stiften, gerechte Forderungen der Streitenden durchzusetzen, und das alles möglichst schnell, um sonst unausbleiblich schwere Schädigungen für die Beteiligten und die Allgemeinheit zu eripieren.“

Die Schlichtungsorgane des Bürgerblocks haben also nur die Aufgabe, gerechte Forderungen der Streitenden durchzusetzen; denn das wären die Forderungen auf Durchführung des Achtstundentages, die mit Hilfe der Schlichtungsquelllinie verhindert wurden, keine gerechten Forderungen.

„Um alle Mißverständnisse casuzuschließen, ist darauf hinzuweisen, daß die Behauptung, die Behörden würden mit Hilfe des Schlichtungswesens einseitig gegen die Arbeiterinteressen Stellung nehmen, nicht beweisbar wäre.“

In anderer Stelle heißt es: „Inwiefern darf auch nicht übersehen werden, daß unter Umständen die Verbindlichkeitsklärung von Schiedsprüchen sich als eine Zwangsregierung der Unternehmer zum Kollektivismus auswirken kann.“

Diese Äußerungen zeigen, wie weit die Verbürgerlichung der reformistischen Gewerkschaftsführer schon fortgeschritten ist. Diese „Führer“ sind schon so weit zu Vertretern der Interessen der kapitalistischen Wirtschaft geworden, daß sie überzeugt sind, die Schlichtungsmaschine des Trupkkapitals nehme nicht einseitig gegen die Arbeiterinteressen Stellung.

1927-Oriensausführung in Jauer

Von unserem Gewerkschaftsberichterstatter.) In der letzten Sitzung des OÖB-Jauer fand als erster Punkt der Vortrag des Kollegen Masius-Breslau: „Das Koalitionsrecht.“ Die Erklärung des Koalitionsrechtes in der Vorkriegszeit durch den Kollegen Masius war einwandfrei, im weiteren Verlauf des Vortrages zeigte sich der Reformismus unserer Gewerkschaftsbeamteten jedoch deutlich! Seit 1918, führte Kollege Masius weiter, ist Deutschland das „freie Land der Welt!“

Die letzte Berichterstattung war der Bezirkstagskollege Bierlich-Breslau, vor einiger Zeit in Jauer, um mit dem Vorstand des hiesigen Ortsausschusses die dringendst gewordene Frage eines Gewerkschaftsgerichts zu behandeln.

1800 Organisierte angegeschlossen sind, ergäbe sich eine Summe von 4500 Mart, doch wird vom Vorstand, der wohl etwas optimistisch veranlagt ist, durch Verkauf der Bausteine an Fernseherde usw. eine Summe von 8000 bis 9000 Mart erzielt! Der Antrag des Vorstandes wurde bei einer Stimmenthaltung angenommen.

Ueber die Erwerbslosigkeit sprach Kollege Scholz: Die Erwerbslosigkeit ist auch in diesem Jahre groß. Die Erwerbslosen sind durch das Arbeitslosenversicherungsgesetz etwas besser gestellt als zuvor. Die Aussichten auf Verbesserung des Arbeitsmarktes sind trübel. Die Aussichten auf Verbesserung des Arbeitsmarktes sind trübel. Die Aussichten auf Verbesserung des Arbeitsmarktes sind trübel.

Regelung der Erwerbslosenunterstützung ab 1. Januar

Table with 7 columns: Klasse, lebig, versch., 1 Kind, 2 Kinder, 3 Kinder, 4 Kinder. Rows V, VI, VII, VIII.

Die Dreier Maschinen- und Felzer Heften am 4. Februar die Mitgliederversammlung bei Rana ab. Nach Verlesen der Niederschrift wurde die Vorstandswahl vorgenommen. Sie ergab die Wiederwahl des gesamten Vorstandes.

Die Generalversammlung des OÖB-Oriensauschusses fand am 2. Februar statt. Der Kauf des pendelischen Grundstücks wurde auf spätere Zeit verschoben. Mit Renovierung und Einrichtung usw. dürfte die hohe Summe von 85.000 Mart herauskommen, die ausgegeben werden müßte.

Jahresversammlung der Kaufhaer Fabrikarbeiter.

Am Sonntag tagte in Tiefensfurt die Generalversammlung der Bezirksabteilung „Kaufhaer Fabrikarbeiter.“ Der Bezirksleiter Kol. Paul Vogt gab den Jahresbericht. Er machte die geschwächte Mitgliederzahl und die Erschöpfung der Kräfte für die vorjährigen langfristigen Tarifverträge verantwortlich, gab den Delegierten aber die Hoffnung, daß es in diesem Jahre bei langfristigen Tarifabschlüssen auch noch kein Bemenden haben werde.

